

DAS THEMA: DAS FREIHANDELSABKOMMEN TTIP



Generalprobe: Am Samstag, dem Tag vor der Europawahl, verteilen Claudia Burghof (links) und Christina Löhrer-Kareem diese „Denk-Zettel“ in ihrer Aachener Nachbarschaft. Hintergrund ist eine Aktion der Nichtregierungsorganisation Campact gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen EU und USA. Fotos: Andreas Herrmann, Andreas Steindl

Den Zettel an der Türklinke, die Europawahl im Sinn

Deutschlandweit machen 24 000 Bürger mit einer ungewöhnlichen Aktion gegen das geplante Abkommen TTIP mobil. Zwei Aachenerinnen sind mit dabei.

VON CHRISTINA MERKELBACH

Aachen. Verärgert, empört, entgeistert. Ein einziges Wort reicht Christina Löhrer-Kareem nicht. Sie beschreibt, was ihr durch den Kopf ging, als sie das erste Mal von den Plänen für TTIP, das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA hörte. Und vor allem von dessen Risiken und Folgen. „Wir müssen dieses Abkommen stoppen. Sonst wird das Konse-

seite listet kurz und knapp die zentralen Gegenargumente auf: Für die Gegner gefährdet das Abkommen die Demokratie, öffentliche Leistungen, Gesundheit, Freiheit und soziale Standards.

Deutschlandweit haben 24 000 Menschen insgesamt 6,5 Millionen dieser „Denk-Zettel“ bei Campact bestellt. Auch in der Region werden sie am Samstag an Tausenden von Türen hängen. An einigen sind sie bereits gelandet, auch wenn es von Campact anders vorgesehen war.

Die Abkürzung TTIP steht für den englischen Begriff Transatlantic Trade and Investment Partnership (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft). EU und USA planen die größte Freihandelszone der Welt mit 800 Millionen Verbrauchern. Dafür wollen sie Handelsbarrieren wie Zölle und Bürokratie abbauen, und Standards bei Produkten, Umwelt und Sicherheit angleichen oder gegenseitig anerkennen. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen würden davon profitieren, für die es sich bisher nicht lohnt, in den USA Waren anzubieten, heißt es bei der EU-Kommission. Durch TTIP sollen in der EU Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.

Christina Löhrer-Kareem arbeitet bei der Stadt Aachen als Beraterin für Grenzgänger und bei Eures, das europäische Job-Netzwerk. „Ich bin überzeugte Europäerin“, sagt sie. Deshalb richte sich ihre Wut vor allem dagegen, dass die Vertreter von EU und USA im Geheimen über TTIP verhandeln. Am Montag gingen die Gespräche zwischen dem zuständigen EU-Kom-

missar Karel de Gucht und dem US-Handelsbeauftragten Michael Froman in die vierte Runde. Die erste fand im Juli 2013 statt, insgesamt sind zehn vorgesehen. Vom genauen Inhalt erfährt die Öffentlichkeit erst, wenn die Verhandlungen abgeschlossen sind. „Diese Art von Geheim-Club öffnet Europa-Kritikern Tür und Tor“, sagt Christina Löhrer-Kareem. Errundenschaften, auf die die EU stolz sein könne, würden so zunichte gemacht. „Wir bemühen uns um ökologische Standards und artgerechte Tierhaltung, fördern lokale und regionale Initiativen, und dann soll es Riesenkonzernen aus den USA erlaubt werden, dass ihre Interessen der Maßstab sind.“

Stichwort „Chlorhühnchen“

Die Sorge um Lebensmittelstandards gehört zu den bekannteren, die im Zusammenhang mit TTIP die Runde machen – dank sei dem griffigen Stichwort „Chlorhühnchen“. In den USA werden Hühner nach dem Schlachten mit Chlor desinfiziert, in der EU ist das nur mit heißem Wasser erlaubt. Das muss sich auch mit TTIP nicht ändern. Gemäß dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung, das bei Freihandelsabkommen greift, muss die EU allerdings zulassen, dass die USA ihre Chlorhühnchen auf den europäischen Markt bringen dürfen. Ähnlich sieht es mit genmanipulierten Lebensmitteln und Fleisch aus, das mit Hormonen behandelt wurde.

Für Claudia Burghof ist das viel zitierte „Chlorhühnchen“ nur die Spitze des Eisbergs. „Bei den Nahrungsmitteln hätte der Verbrau-

cher noch einen gewissen Einfluss, so wie er sich ja auch jetzt schon für Bio-Lebensmittel entscheiden kann“, sagt sie. „Vorausgesetzt natürlich, die Produkte werden verständlich gekennzeichnet.“ Was ihr große Sorgen bereite, sei die Möglichkeit, dass US-Konzerne den deutschen Staat verklagen können, wenn sie ihre Gewinnerwartungen durch Gesetze in Gefahr sehen. Und die Gefahr, dass Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung privatisiert werden, weil Anbieter aus den USA Zugang zu diesem Markt erhalten würden. Die mangelnde Transparenz der Verhandlungen hält auch sie für nicht akzeptabel. „Das riecht nach Klüngelei“, sagt die 52-jährige Mutter von fünf Kindern. 200 „Denk-Zettel“ verteilt Clau-

dia Burghof in ihrer Nachbarschaft in Aachen. Damit es keine Überschneidungen gibt, hat Campact eine Online-Karte eingerichtet. Dort kann jeder Zettel-Verteiler die Straßen rot markieren, in denen er mit den Türhängern unterwegs ist. „Ich habe noch ein paar Straßen gefunden, aber viele waren schon vergeben.“ Von der Aktion erhofft sie sich, dass viele Bürger noch einmal genau hinschauen, bevor sie am Sonntag ihr Kreuz auf dem Wahlzettel machen. „Ich bin mir ganz sicher, dass man noch etwas bewegen kann“, sagt sie. Letztlich entscheiden die Abgeordneten im Europaparlament über TTIP.

Zu den Befürwortern des Abkommens gehört der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK). „Der erfolgreiche Ab-

schluss eines Partnerschaftsabkommens mit den USA bietet uns die Chance, einer Entwicklung zu begegnen, die wir seit der Wiedervereinigung Deutschlands Schritt für Schritt erleben: Europa und die USA leben sich auseinander“, sagt DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben. Ein weiteres Argument: EU und USA würden für Investoren weltweit attraktiver.

Frank Malis, Geschäftsführer bei der IHK Aachen, spricht für deren Kammerbezirk: „Aus regionaler Sicht kann ich zum Thema TTIP sagen, dass der US-Markt für viele Firmen wichtig ist. Wir haben etwa 400 Unternehmen, die von dem Abkommen profitieren würden. Und rund 70 sind bereits vor Ort tätig.“ Die Argumente der Kritiker müsse man aber ernst nehmen.



quenzen haben, die wir nicht erleben wollen.“ Deshalb macht sich die zweifache Mutter am Samstag, einen Tag vor der Europawahl, in Aachen auf den Weg. Im Gepäck hat sie 300 Türhänger. „Um noch ein paar Menschen wachzurütteln“, sagt sie.

Die Türhänger sind Teil der bundesweiten „Denk-Zettel“-Aktion, ins Leben gerufen von der Nichtregierungsorganisation Campact. „Wählen Sie die Katze im Sack?“ leuchtet dem Betrachter in großen weißen Buchstaben auf schwarzem Hintergrund entgegen. Darunter ist ein Jutesack mit dem Aufdruck TTIP zu sehen, in dem die Europaflagge steckt. Die Rück-

Wie stehen die deutschen Parteien zum geplanten Abkommen?

Die CDU will Handelsbeschränkungen weltweit abbauen und den internationalen Freihandel stärken. Mit der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) könne Wachstum und Beschäftigung entstehen. Bewährte Arbeitnehmer-, Verbraucher-, Daten- und Umweltschutzniveaus der EU müssten dafür Grundlage sein.

Die CSU ist für das Freihandelsabkommen, fordert aber Verhandlungen auf Augenhöhe, mehr Transparenz – und wehrt sich strikt gegen eine Aufweichung europäischer Standards etwa im Verbraucherschutz.

Die SPD unterstützt das Projekt im Prinzip. Handelsliberalisierungen

dürften aber nicht zum Absinken sozialer, ökologischer oder Standards beim Verbraucherschutz führen. Nach der NSA-Affäre müssten auch klare Fortschritte beim Datenschutz erreicht werden. Für die Streit-schlichtung müssen öffentliche Gerichte zuständig sein.

Die Linke lehnt das Freihandelsabkommen ab. Es werde den großen Banken und Konzernen und nicht der europäischen Binnenwirtschaft nutzen, heißt es. Zudem werde es „den europäischen Markt mit Biokraftstoffen, Gentechnik-Lebensmitteln sowie Klon- und Hormonfleisch überschwemmen“.

Die Grünen fordern, die Verhandlungen vorerst auszusetzen und neu zu

starten. Ein komplettes Aus der Gespräche wird aber abgelehnt. Insgesamt dürften europäische Sozial-, Verbraucherschutz- und Öko-Standards nicht untergraben werden.

Die FDP ist dafür. Jedoch sollten die Verhandlungen der EU mit Washington genutzt werden, um zeitgleich ein Datenschutzabkommen zu vereinbaren und nach dem NSA-Skandal die Bürgerrechte zu stärken.

Die AfD sagt: Kein Freihandelsabkommen zulasten Europas. Das TTIP ziele auf eine Verwässerung des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes, der Rechtssicherheit und der Sozialstandards. Die Geheimhaltung der Gespräche widerspreche demokratischen Prinzipien. (dpa)

„Das beeinflusst ganz erheblich die demokratische Willensbildung“

Die Nichtregierungsorganisation Campact warnt vor den gesellschaftlichen und ökologischen Folgen eines Freihandelsabkommens zwischen EU und USA

Aachen. Über 1,2 Millionen Menschen empfangen den Campact-Newsletter, in dem das 22-köpfige Team über seine Aktionen informiert. Nach dem Motto „Demokratie in Aktion“ startet Campact, 2004 gegründet, im Internet Petitionen zu Themen, die die Öffentlichkeit bewegen. Wie TTIP, gegen das bereits 485 558 über die Campact-Plattform mit ihrer Unterschrift protestieren. „Das Abkommen soll Konzernen Profite durch Fracking, Chlorhühner, Gen-Essen und laxen Datenschutz erleichtern“, sagt Campaignerin Annette Sawatzki. Was die Pläne von EU und USA noch bedeuten, erklärt sie im Interview.

Warum sehen Sie in dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, kurz TTIP, einen Angriff auf die Demokratie?
Sawatzki: TTIP ist nicht nur ein Handelsabkommen, sondern auch

ein Investitionsabkommen. Der vorgesehene Investitionsschutz macht es möglich, dass ausländische Konzerne einen Staat verklagen können, wenn dort Gesetze in einer Weise geändert oder erlassen werden, die ihre Gewinnerwartungen schmälern. Das beeinflusst ganz erheblich die demokratische Willensbildung und die Freiheit eines Staates, sich Gesetze zu geben. Es kann passieren, dass sich Gesetzgeber nicht mehr trauen, weil sie sehen, welche finanziellen Schäden entstehen können.

Bei diesen sollen auch Schiedsgerichte zum Einsatz kommen. Was hat es damit auf sich?
Sawatzki: Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada dient als Blaupause, und dort sind Konzernklagen vor Schiedsgerichten vorgesehen. Diese Gerichte sind nicht öffentlich und nicht unabhängig, ihre Urteile bleiben

oft geheim. Jede Seite, also Staat und Konzern, bestellt einen Anwalt für sich und gemeinsam einigen sich beide auf einen Richter. Diese drei Personen kommen aber immer aus dem gleichen Personalpool. Es sind ein paar wenige Top-Juristen, die den Löwenanteil dieser Verfahren bisher entscheiden. Mal vertreten sie Konzerne, mal Staaten. Mal fungieren sie als Schiedsrichter. Viele der Großkanzleien, aus denen sie stammen, werben inzwischen sogar bei Konzernen dafür, Klagen gegen Staaten in Erwägung zu ziehen.

Gibt es für Klagen von Konzernen gegen Staaten aktuelle Beispiele?
Sawatzki: Der schwedische Energiekonzern Vattenfall hat den deutschen Staat wegen des Atomausstiegs auf 3,7 Milliarden Euro verklagt. Der französische Konzern Veolia klagt gegen Ägypten, weil das Land seinen Mindestlohn er-

höht und Veolia dadurch Gewinneinbußen befürchtet.

Aber der Mindestlohn gehört doch in Frankreich zu den sozialen Standards.
Sawatzki: Das ist kein Kriterium. Es ist völlig unabhängig davon, wie die Rechtslage im Ursprungsland des Investors ist. Es geht für die Konzerne darum, dass sie unter gewissen Voraussetzungen investiert haben, und dann hat sich in der Rechtslage etwas geändert. Die Konzerne klagen, weil die neue Rechtslage ihre Gewinne schmälern könnte.

Wie beurteilen Sie das Argument der Befürworter, dass vor allem kleine und mittelständische Unternehmen von TTIP profitieren?
Sawatzki: Wir warnen davor, sich große Hoffnungen zu machen. Studien über die mutmaßlichen wirtschaftlichen Auswirkungen

sind in ihren Aussagen nicht gerade überwältigend. Einige wenige Unternehmen können davon profitieren, wenn Beschränkungen wegfallen. Aber es wird viele andere geben, die auf einmal neue Mitbewerber aus den USA haben. Großes Wirtschaftswachstum und Millionen neue Jobs wurden übrigens auch im Rahmen des nord-amerikanischen Handelsabkommens zwischen den USA, Kanada und Mexiko versprochen. In den USA gingen de facto zwischen 700 000 und einer Million Jobs verloren, weil Arbeitsplätze in das Billiglohnland Mexiko verlegt wurden. Und in Mexiko haben Großkonzerne wie Monsanto die Landwirtschaft platt gemacht – auch das hat zahlreiche Jobs gekostet. (chm)



Warnt vor überzogenen Erwartungen, dass TTIP kleinen und mittelständischen Unternehmen nützt: Annette Sawatzki, Campaignerin bei Campact. Foto: Campact

Mehr dazu im Internet: www.campact.de